
Weiter auf Katastrophenkurs

20.11.2013, 12:22 | Handel, Wirtschaft, Finanzen, Banken & Versicherungen

Pressemitteilung von: *READ - Rüdener Edition Autor Digital*



Unbedingtes individuelles Grundeinkommen ..., ISBN 978-3-943788-18-1, eBook, 79 S., 9,95 Euro

„Der Zins hat schnelle Füße - er läuft davon, bevor du dich umsiehst“, sagt ein deutsches Sprichwort. Wie das, fragt man sich angesichts der Niedrigzinspolitik der Notenbanken? Hat der Volksmund die neue Zeit verschlafen?

Nein, das hat er nicht. Die Notenbanken können zwar einen Basiszinssatz festlegen, aber den Marktzins können sie nur über die Vermehrung oder Verminderung der Geldmenge beeinflussen, die sie über das Bankensystem der Bevölkerung für Investition bzw. Spekulation oder Konsumation sowie dem Staat zur Verfügung stellen. Dabei sind sie aber Gesetzen unterworfen, die ihr zum Beispiel das Ziel der Geldwertstabilität oder das Verbot der Staatsfinanzierung auferlegen. Außerdem entscheiden Banken, Investoren und Spekulanten mit über den Marktzins, indem sie ihn als Risikoprämie interpretieren. Kauf die us-amerikanische FED zum Beispiel verlässlich Staatsanleihen auf, ist das Risiko für Investoren und Spekulanten gering, sodaß sie sich mit einem geringen Zinssatz begnügen. Kommt das Gerücht auf, die

Anleihekäufe werden zurückgefahren, die Nachfrage nach Staatsanleihen also verringert, steigt das Risiko von Kursverlusten und der Zinsanspruch der Investoren und Spekulanten steigt. Das kann – wie die vergangenen Monate zeigen – sehr rasant vor sich gehen und birgt die Gefahr eines Börsencrashes.

Die kürzliche erneute Leitzinssenkung der EZB auf 0,25 Prozentpunkte und die offenkundige Unfähigkeit der USA, ihr Dollarvermehrungsprogramm durch regelmäßigen Anleiheaufkauf zu stoppen, ohne einen Zusammenbruch der Anleihen- und Aktienmärkte zu riskieren, beweisen erneut: Die Verantwortlichen beherrschen die Krise des Finanzsystems längst nicht mehr, sondern sie werden von der Krise beherrscht. Jede auch noch so vorsichtige Erwähnung einer möglichen Reduzierung der Anleiheaufkäufe der FED führt zu Verkäufen der Investoren und Spekulanten und dadurch zu kräftigen Zinssteigerungen. Da diese aber das Wirtschaftswachstum erheblich beeinträchtigen würden, muß man davon absehen und weiter Anleihen aufkaufen. Damit steigt die Geldmenge immer weiter, ohne daß die Gütermenge entsprechend mitwächst.

Inflation oder Deflation und Weltwirtschaftskrise mit ihren katastrophalen sozialen und politischen Folgen – das ist jetzt die Frage, die niemand anders beantworten wird als das Schicksal. Einen dritten Weg aus dem politisch verschuldeten Dilemma gibt es nicht mehr.

Ein Zusammenbruch des weltweiten Geld- und Kreditsystems kann nur noch durch Bereitstellung unbegrenzter Liquidität verhindert werden. Das kürzlich auf unbegrenzte Zeit verlängerte Liquiditäts-Swap-Abkommen aller bedeutenden Zentralbanken der Welt läßt vermuten, daß die Verantwortlichen genau zu dieser Einsicht gekommen sind. Damit können sich Banken und deren Kunden US-Dollars oder auch Euros zu Minimalzinsen leihen und damit zum Beispiel US-Anleihen kaufen. So werden die Geldmenge erhöht und zugleich der Anstieg der Anleihezinsen einigermaßen in Schach gehalten – kurzfristig jedenfalls, denn wenn erst eine Verkaufswelle losbricht, gibt es keine Zinsbremse mehr. Auch der Kauf von Aktien und Immobilien ist natürlich möglich. Zwangsläufig erzeugt die Schwemme billigen Geldes Spekulationsblasen, deren Lebenszeit erfahrungsgemäß begrenzt ist. Um deren Platzen mit der Folge eines deflationären Schocks wenigstens hinauszuzögern, muß unaufhörlich neues Geld „gedruckt“ und ins Finanzsystem gepumpt werden. Dadurch wird aber das Risiko eines deflationären Schocks, das eigentlich abgewendet werden soll, ständig weiter gesteigert und zusätzlich ein gewaltiges inflationäres Potential geschaffen. Dieses läßt sich nicht auf die Spielwelt der Bankster und ihrer reichen Kunden begrenzen, sondern schwappt infolge seiner kapitalentwertenden und preistreibenden Wirkungen unweigerlich auf die Realwirtschaft über.

Die Dummen sind jetzt schon vor allem die Geldsparer, die Geld auf Konten und in Kapitallebensversicherungen als Ausgleich für die erodierende gesetzliche Rentenversicherung ansparen wollten. Niedrigzins und Geldvermehrung zehren kapitalgedeckte Altersversorgungen auf, nachdem die umlagebasierte, den Launen der Politiker unterliegende Altersversorgung schon seit Jahren erodiert und Millionen Rentnern kein auskömmliches Alterseinkommen mehr gewährleistet. Zu den Dummen zählen auch die Verbraucher, deren (geringe) Einkommen nicht mit der Teuerung von Lebensmitteln, Mieten, Strom und Öffentlichen Verkehrsmitteln Schritt halten. In vielen Fällen haben die Autoversicherer ihre Prämien um satte zweistellige Beträge erhöht. Unter den ersten, der von den Folgen der internationalen Finanzkrise Betroffenen nicht zu vergessen schließlich eine ganze Generation junger Menschen, die seit Jahren nach ihrer Ausbildung häufig keine adäquaten Arbeitsstellen finden, sich mit Einkommen begnügen müssen, die ihnen kein anständiges, kultiviertes Leben ermöglichen, und die keine verlässlichen Bedingungen für ihre Lebensplanung vorfinden.

Das ist eine politisch äußerst brisante Konstellation, die sich da zusammenbraut, und mit der Deutschland schon einmal schlimme Erfahrungen gemacht hat. Eigentlich sollten diese Erfahrungen Grund genug sein, sich der Teilnahme am us-amerikanischen geführten Parforceritts in den finanzwirtschaftlichen Abgrund zu verweigern.

Daß es solche Gedankenspiele gibt, läßt die anhaltend hohe Nachfrage nach Gold aus Asien, insbesondere China vermuten, und die Tatsache, daß physisches Gold dort oft nur mit beträchtlichem Aufschlag auf den Börsenpreis zu haben ist. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die USA das in ihren Tresoren für zahlreiche andere Länder verwahrtes Gold nicht herausrücken wollen. Läppische 300 Tonnen ihres Schatzes soll die Deutsche Bundesbank zum Beispiel frühestens 2020 erhalten – wenn überhaupt, möchte man skeptisch ergänzen. Denn unklar, aber durchaus wahrscheinlich ist nämlich, daß dieses Gold für Spekulations- (und Manipulations?)zwecke verliehen oder verkauft wurde. Sollten Bankster damit in die Lage versetzt werden, den Goldpreis zu drücken, der der FED angesichts der

gefährdeten Stellung des US-Dollars als internationale Leit- und Reservewährung ein Dorn im Auge ist? Schlimm, wenn es so wäre, denn die Sache dürfte gründlich daneben gehen.

China, der größte Gläubiger der USA, scheint dabei zu sein, den Yuan als internationales Zahlungsmittel zu etablieren – zunächst in Konkurrenz zum US-Dollar, dann an Stelle seiner? Sollten die Goldkäufe Chinas darauf hindeuten, daß der Yuan mit Gold unterlegt wird, wäre das nicht nur ein klares Mißtrauensvotum gegen US-Dollar und Euro, sondern würde beide Währungen vollkommen deklassieren. Für die Sanierung des Weltfinanzsystems ließe sich allerdings Hoffnung schöpfen.

Schöne Umfragen, in denen schon von einem Ende der Krise und einem, natürlich exportgetriebenen großen Konjunkturaufschwung die Rede ist, sollten mit äußerster Vorsicht genossen werden. Umfragen ergeben gern das, was ihre zahlenden Auftraggeber wünschen, die mit den Umfrageergebnissen die Öffentlichkeit in ihrem Sinne beeinflussen wollen. Äußerstes Mißtrauen ist deshalb geboten. Wachstum sehen wir gegenwärtig vor allem bei den Aktien- und Immobilienpreisen, die aber durch nachhaltige fundamentale Wirtschaftsdaten bisher nicht gesichert sind. Für andere Länder gilt das genauso. Sollte der unwahrscheinliche Fall eines kräftigen Konjunkturaufschwungs aber dennoch eintreten, ersparten wir uns auf dem Weg in die Inflation wenigstens die Wirtschaftskrise mit ihren absehbaren sozialen und politischen Folgen – jedenfalls zunächst einmal.

Der sprichwörtliche „kleine Mann“ hat eine unsichere Zukunft vor sich. Die zur Zeit laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD vermitteln bisher nicht den Eindruck, als solle Deutschland wirklich zukunftsfähig gemacht werden. Vielmehr deuten Verlautbarungen und vorläufige Beschlüsse darauf hin, daß die von Lobbyisten durchsuchte Parteienoligarchie mit Formelkompromissen auf ein Weiter-So! hinarbeitet und Bedienung von Sonderinteressen sowie Pfründensicherung weiterhin die dominierenden Ziele sind. Nicht das Wohl der Allgemeinheit, sondern das Macht- und Profitinteresse einer politiknahen Minderheit bestimmen auch in Zukunft die Politik. Statt die drängenden Probleme unseres Landes und Staates zu lösen, ersetzen lobbyhörige Politiker sie nur durch neue Probleme. Dabei ginge es angesichts der zu erwartenden wirtschaftlichen Turbulenzen darum, die Gesellschaft zu integrieren und zu stabilisieren.

In einer kleinen Studie mit dem Titel: „Unbedingtes individuelles Grundeinkommen in Gestalt einer negativen Einkommensteuer - Kernstück einer unvermeidlichen Radikalreform unserer Gesellschaft (ISBN 978-3-943788-18-1, eBook, 79 S.) ist nachzulesen, was zu tun wäre, um eine integrierte Gesellschaft zu schaffen, eine Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern, die Zwecke des Wirtschaftens und nicht dessen Mittel sind. Erhältlich ist die Studie für 9,95 Euro in jeder guten (Internet-)Buchhandlung oder beim eVerlag READ – Rüdener Edition Autor Digital (www.read.ruedener.de).

Die Studie enthält mit Zahlen unterlegte grundlegende Gedanken für eine Restrukturierung und zukunftsweisende Erneuerung unserer Gesellschaft. Wie alle grundlegenden Neuerungen bedrohen auch die in dieser Studie empfohlenen Reformen unvermeidlich die Besitzstände derer, die vom Status quo profitieren. Sie, die ganz vorn an den Fleischtöpfen der Gesellschaft sitzen, verteidigen ihre privilegierten Plätze auch dann noch verbissen, wenn sie vor Satttheit platzen. So ist es eben, das Menschentier.

Viele Politiker, die eigentlich gewählt wurden, um das allgemein Wohl zu fördern, dienen aus den unterschiedlichsten Beweggründen Sonderinteressen. Wer zum Beispiel wie der CDU-Generalsekretär Gröhe anlässlich des dritten Sondierungsgesprächs mit der SPD nach der Wahl unkt, daß ein allgemeiner Mindestlohn Arbeitsplätze gefährde, spricht sich damit verklausuliert für eine Beibehaltung von Lohndrückerei und prekären Arbeitsverhältnissen mit allen sozialen Folgen, sowie für verdeckten Lohnsubventionen durch Aufstockung von Hungerlöhnen aus. Das ist unsozial, unmoralisch und nichts weiter als die Forderung nach einer Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Das ist Lobbyismus direkt aus dem Bundestag – ganz sicher aber ebensowenig Ausdruck christlichen Engagements wie das Bauen von Luxusresidenzen für Bischöfe.

„Wahrhaftigkeit ist die erste Führeigenschaft. Die Lüge kann nur Verführer ausbilden“, mahnte bereits vor über 2000 Jahren der Bischof von Hippo, Augustinus.

READ Pressestelle

Portrait

Der Verlag RÜDENAUER EDITION AUTOR DIGITAL, der eVerlag, publiziert Fachliteratur zu den Themen Kommunikation und Führung, insbesondere Management-Kommunikation und Führungs-Qualitätsmanagement, sowie Beiträge zum Zeitgeschehen und zeitlose und zeitkritische Aphorismen von Prof. Querulix.

News-ID: 762020 • Views: 102 (Stand: 08.06.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/762020/Weiter-auf-Katastrophenkurs.html>